

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Berichtungen nehmen die Ausgaben und für Auswärtsberichtungen in... - - - - -

Fernsprech-Anstaltung Nr. 88.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl-Arie: Amt Leipzig Nr. 1440.

Nr. 26

Donnerstag, den 31. Januar 1924

19. Jahrgang

Die dritte Steuernotverordnung.

Zehnprozentige Hypothekenaufwertung.

Besteuerung der Inflationsgewinne.

Steuerquellen für die Einzelstaaten.

Das Kabinett hat dem Entwurf der dritten Steuernotverordnung zugestimmt. Er ist bereits dem Reichsrat, dem 45. Ausschuss des Reichstages und dem Reichswirtschaftsrat zugegangen. Der Entwurf, der die Unterschriften des Reichsfinanzministers, des Reichsjustizministers trägt, regelt das Gebiet der Aufwertung privater Schulden. Die Entschließung ist nach eingehender wiederholter Erwähnung von Gründen und Gegengründen gefasst worden, da ein Objekt nicht mehr zu verantworten war.

Für Vermögensanlagen,

d. h. besonders für Hypotheken und andere finanzielle Lasten, für Schuldverschreibungen und andere Darlehenansprüche gegen Privatschuldner ist grundsätzlich eine Aufwertung auf 10 Prozent des Goldwertes der Forderung vorgesehen. Besonders ungünstige Verhältnisse des Schuldners berechtigen ihn zu geringerer Aufwertung. Eine Sonderregelung ist für Pfandbriefe gegeben, die den Anschluß für Spekulationsverwerbung und die Begünstigung von altem Kapital, von Münzeln, gemeinnützigen Anstalten und Stiftungen sowie ähnlichen zu minderer Anlage gezwungenen Gläubigern vor sieht.

Für die Regelung von Ansprüchen aus Sparkassenguthaben und Lebensversicherungsverträgen gelten andere Bestimmungen, die die angemessene Verteilung der aufgewerteten Vermögensmassen sicherstellen. Der zugelassenen Aufwertung dient ein besonders vereinfachtes Verfahren. Für öffentliche Anlagen ist bis zur Abdeckung aller Reparationsverpflichtungen der Anspruch auf Kapital und Zinzen aufgehoben. Ob überhaupt, wann, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt der Zinsen- und Tilgungsdienst wieder aufgenommen werden soll, wird in späterer Zeit durch ein besonderes Reichsgesetz geregelt werden. Die Aufwertung gibt dem Gläubiger nur einen Teil des Goldwertunterschiedes zwischen der alten Goldmarkforderung und der in Papiermark. Gründe der Gerechtigkeit sowie die des finanziellen Finanzbedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden zwingen dazu, den verbleibenden Geldentwertungsgewinn des Schuldners zu besteuern. So werden Obligationsschuldner, die vor dem 31. Dezember ihre Obligationen getilgt haben, mit 12 Prozent des Goldmarkwertes der Schuldverschreibungen versteuert. Die Steuer ist grundsätzlich in Halbjahrsraten von je 2 Prozent zu zahlen. Zu diesem Zeitpunkt noch nicht getilgte Schuldverschreibungen tragen 2 Prozent Steuer, weil hier die Aufwertung noch hinzu tritt.

Die Besteuerung der Inflationsgewinne aus Krediten, aus der Ausgabe von Notgeld und aus öffentlichen Fischläufen zum Bau von Wohngebäuden sowie schließlich des Geldentwertungsgewinnes der Eigentümer bei belastetem unbebautem Grundbesitz wird vorbereitet. Bei unbebautem Grundbesitz wird im Interesse der Sicherung der Volksernährung die erste Rate zeitlich hinausgeschoben.

In einfachster Weise ist die Besteuerung des Geldentwertungsgewinnes bei bebautem, insbesondere städtischem Grundbesitz im Anschluß an die Steigerung der Mieten geregelt. Diese Steuer soll ebenso wie die vom unbebauten Grundbesitz den Ländern vorbehalten bleiben. Ihnen wird auch die Besteuerung der Geldentwertungsgewinne zugewiesen, die bei Holzverkäufen aus forstlichen öffentlichen Körperschaften entstanden sind. Neben diesen neuen Steuern, welche die finanzielle Selbstständigkeit der Länder und Gemeinden stärken, werden den Ländern durch neue Verteilung bestehender Steuerquellen die erforderlichen Mittel zur Deckung ihrer dringenden Haushaltsschwierigkeiten zur Verfügung gestellt, insbesondere zur selbständigen Auflösung der Besoldungen. Um die aus dem Aufwertungsverfahren sich ergebenden Aufwertungsschwierigkeiten für die Steuern der nächsten Zeit auszuschließen, ist eine besondere Bestimmung über ihre Aufwertung in der Steuerbilanz getroffen.

Weiter bringt die Verordnung Vereinbarungen und Verbilligungen des Besteuerungsverfahrens und des Steuerstrafverfahrens. Den Gemeinden wird auf das ganze Verfahren ein weitgehender Einfluß gewährt werden.

Der Reichsjustizminister hat in der Aufwertungsfrage ein an ihn gerichtetes Schreiben des Richtervereins beim Reichsgericht dahin beantwortet:

Das Schreiben des Richtervereins warnt die Reichsregierung vor Maßnahmen, die einen schweren Stoß nicht nur für das Unfehlen der Reichsregierung, sondern für das Rechtswefl im Volke und für den Glauben an

das Recht bedeuten könnten. Ungefäß zu der Warnung bieten dem Richterverein Zeitungsnachrichten über eine in Aussicht stehende Regelung der Aufwertungsfrage, einer Frage deren Notwendigkeit ebenso allgemein anerkannt wird wie andererseits über die Zweckmäßigkeit der Regelung die Ansichten geteilt sind, geteilt auch nach Auffassung des Reichsgerichtsurteils. Es heißt dessen Bedeutung verklären, wollte man in der Aenderung eines vom Reichsgericht maßgebend ausgelegten Gesetzes eine Umstaltung der Auffassung des Reichsgerichts durch einen Machtsprung des Gesetzgebers finden. Auf der anderen Seite würde es zur Auffassung der Reichsordnung und einer unheilvollen Erhöhung des Staatsaufwandes führen, wollte ein Gericht für sich das Recht in Anspruch nehmen, ein verfassungsmäßig zustande gekommene Gesetz nicht anzuwenden, weil es nach Ansicht der Mehrheit seiner Mitglieder mit dem allgemeinen Sinngehalt nicht in Einklang steht. Kundgebungen aus verschiedensten Kreisen der Bevölkerung bestätigen die Einmütigkeit der Überzeugung, daß es einem schwer um seine Gültigkeit ringenden Volke jeden Halt nehmen möchte, wollte man auch nur einen Zweifel daran bestehen lassen, daß die Wage des Einzelnen und der Gesamtheit sich nach den Gesetzen richten muß und daß die Gerichte nach den bestehenden Gesetzen Recht sprechen.

Eine deutsche Denkschrift.

Über die Finanzlage des Deutschen Reiches.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Auszug aus der Denkschrift der Reichsregierung, die dem ersten Sachverständigenausschuß als Material für die Untersuchung in Berlin übergeben worden ist. Die Denkschrift enthält nähere Angaben über den Haushalt des Reiches und die Finanzentwicklung. Nach der vorläufigen Stabilisierung der Mark seit Mitte November ist eine erhebliche Verschärfung der Reichsfinanzen eingetreten. Über die vermutliche Gestaltung der Finanzen des Reiches im Etatjahr 1924 errechnet die Denkschrift, daß die Gesamtausgaben des Reiches (allgemeine Reichsverwaltung und Ausführung des Vertrages von Versailles) 5712 Millionen Goldmark betragen, denen an Einnahmen 5254 Millionen Goldmark gegenüberstehen dürften. Die Schätzung der Einnahmen geht davon aus, daß die wirtschaftliche Einheit und Verwaltung und Steuerhöhe des Reiches und der beteiligten Länder im besetzten Gebiet wieder hergestellt wird. Bei einer Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes dürften die Einnahmen 950 Millionen Goldmark weniger erbringen, als der Voranschlag angibt. Die Ausgaben für den unmittelbaren Reichsbedarf sind bei der Schätzung so knapp bemessen, daß sie unter dem tatsächlichen Bedarf liegen. Die Auswände für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke sind nahezu gänzlich unberücksichtigt geblieben. Nicht berücksichtigt sind im Budget Post und Eisenbahn.

Der zweite Ausschuß in Berlin.

Gestern abend trafen, wie bereits angekündigt folgende Mitglieder des zweiten Ausschusses für Kapitalflucht mit Begleitpersonal in Berlin ein: Mac Nenna, Generaldirektor der Midland Bank, Henry Robinson, Präsident der Nationalbank in Los Angeles, Dr. Mario Alberti, Vizepräsident des Credito Italiano und Albert Janssen, Direktor der Belgischen Nationalbank. Die Herren wurden ebenfalls von dem Mitglied der Kriegslastenkommission Dr. Meier empfangen.

Die Pfalzfrage

nicht vor die Botschafterkonferenz.

England wird den französisch-belgischen Vorschlag über die Pfalzfrage die Botschafterkonferenz anstatt des Haager Schiedsgerichts entscheiden zu lassen, ablehnen. Der französische Botschafter in London, Graf St. Alphonse, hatte am Dienstag mit dem ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office eine Vereinbarung über die Pfalzfrage. Das französische Kabinett hatte bekanntlich angekündigt, diese Frage durch die Botschafterkonferenz regeln zu lassen. Die englische Regierung ist aber entschlossen, diesen Weg nicht zu gehen. London fordert unbedingt, was aber Paris nicht zugestehen will. Die Missfehler aller ausgewiesenen Beamten und Bürgermeister.

Ubrigens hat man aus Mitteilungen des „Echo de Paris“ den Eindruck, als ob auch zwischen Paris und Brüssel das Einvernehmen in dieser Frage nicht zu standegekommen sei. Belgien scheint sich mehr dem englischen, als dem französischen Standpunkt zu nähern. Da wohl kaum Aussicht besteht auf die Zustimmung Englands zur Vermittelung der Pfalzfrage an die Botschafterkonferenz, denkt man in Paris an zwei andere Lösungen, entweder dem französischen Militärbehörden in der Pfalz die Verwaltung des Landes zu übertragen

was aber zahlreiche Unzuträglichkeiten zur Folge hätte. Werde man sich in Paris keiner Täuschung hingibt, oder anstelle der ausgewiesenen Bürgermeister und Beamten neue zu ernennen.

Hilferuf für die pfälzische Presse.

Durch Funkbruch ist an alle Welt folgender Aufruf der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse verbreitet worden:

Unter Mißachtung der in jedem Staat als unantastbares Gut geltenden Pressefreiheit suchen die Separatisten unter dem Schutz der französischen Bajonetten die pfälzische Presse zum willenslosen Instrument ihrer politischen Ziele zu machen. Die pfälzischen Verleger und Herausgeber vermögen als verantwortungsbewußte Männer sich dieser unerhörten Vergewaltigung ihrer Gewissensfreiheit nicht zu fügen. Da trotz wiederholter Proteste und Hilferufe ihnen bisher von seiner Seite Unterstützung geworden ist, haben die pfälzischen Verleger keinen anderen Ausweg als den gefunden, sich die Gewissensfreiheit dadurch zu bewahren, daß sie das Erstellen der Zeitungen eingestellt haben. Sie sind sich dabei der ungeheuren wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Konsequenzen bewußt. Die pfälzische Presse ist täglich und ständig bereit, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, um dem zeitunglosen Zustand in der Pfalz ein Ende zu machen, sobald im Rahmen und in stimmiger Erfüllung des Rheinlandabkommen die Pressefreiheit in der Pfalz wieder hergestellt ist. Im Namen der pfälzischen Presse, die mundtot gemacht worden ist, wendet sich die Reichsgemeinschaft der Deutschen Presse an das Weltgeschehen, insbesondere an die volkstümliche Einsicht der Regierungen, die die Wiederherstellung geordneter Zustände in den Grenzgebieten wünschen und appelliert gleichzeitig an das Gerechtigkeitsgefühl und den staatsmännischen Sinn.

Wieder ein Attentat auf einen Separatistensührer.

Nach einer Meldung aus Rothenheim ist am Dienstagabend gegen 7 Uhr auf der Seite von Rothenheim nach Bohenheim der als französischer Spion und Denunziant berüchtigte Separatistensührer und Bürgermeistermeister von Rothenheim, Ingenieur Gumbinger, der viele Ausweisungen und Bestrafungen Rothenheimer Familien auf dem Gewissen hat, der Volksjustiz zum Opfer gefallen. Gumbinger wurde durch Revolverschläge schwer verletzt und in hoffnungslosem Zustand in das Krankenhaus Frankenthal eingeliefert. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Die Rückkehr der Schupo ins Ruhrgebiet.

Die Rückkehr der Schupo in den Ruhrbezirk war seit längerer Zeit schon Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Reichskreispolizei und der Besatzungsbehörde. Wie die „Rhein-Westf. Rta.“ jetzt erfährt, seien diese Verhandlungen soweit geblieben, daß im Monat Februar mit der Rückkehr der Schupo gerechnet werden könnte. Etwa ein Drittel der früheren Beamten, fast ausnahmslos Rheinländer und Westfalen, sollen im besetzten Gebiet wieder zugelassen werden. Ob dagegen die einzelnen Polizeipräsidienten und Obersten mit der Schupo zurückkehren dürfen, sei noch nicht bestimmt.

Das Reich fürzt die Kosten der Kontrollkommissionen.

Das Reichsfinanzministerium hat den Hotels, in denen die Berliner Entente-Kontrollkommissionen untergebracht sind, mitgeteilt, daß es ihm weiterhin nicht möglich sei, die Kosten für die Unterbringung der verschiedenen Kommissionen zu beitreten und daß es ab 1. April d. J. nur noch die Hälfte der Kosten begleichen könne. Der Rest müsse gekundet werden. Die Hotelbesitzer wollen darauf nicht eingehen.

Ein neuer Attentatsplan?

Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß auf die Umbgebung des Prinzen Max von Baden ein Attentat geplant sei. Die „Münchener Post“ berichtet dazu folgende Einzelheiten: Prinz Max von Baden habe schon seit seiner Reichsanzlerschaft einen angeblich jüdischen Privatsekretär namens Dr. Hahn. Die nationalsozialistischen Kreise in München interessierten sich für diesen Herrn. Anfang Dezember 1923 trieben sich unfern des prinzlichen Schlosses Salem am Bodensee ein angeblicher Ingenieur Holl, ein angeblicher Telegraphenarbeiter Paul Simons und der Student Weißkunz, alle drei aus München, umher. Bei Anhängern der Münchener Nationalsozialisten suchten sie Helfer, um den Dr. Hahn tot oder lebendig nach München zu bringen. Einige der Angeworbenen scheuteten indes die Tat. Die Vorbereitungen wurden überwacht, und es konnten drei Abelsführer festgenommen werden. Sie sind noch in Haft.

Die Krise in Preußen beigelegt.**Entscheidung in der Grundsteuerfrage.**

Im preußischen Landtag sind die Anzeichen einer ernsten Regierungskrise, die sich bemerkbar machen, wieder schnell verschwunden. Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien haben dazu geführt, daß ein Kompromiß über die Grundsteuer erreicht worden ist. Dazu drängt das Wollfthiro.

Die Zentrumsfaktion des Landtages hat heute vormittag zur Grundsteuerfrage eine Entscheidung gefasst nach der das Zentrum den von der Regierung mit den übrigen Mehrheitsparteien bereits vereinbarten Entwurf einer Grundsteuervorlage ebenfalls annimmt. Damit ist die Regierungsmehrheit in der Grundsteuerfrage einig geworden und die drohende Abkommenskrise befeistigt. Wie dazu noch mitgeteilt wird, wird das Zentrum auf seinen Antrag, der die Herabsetzung der Grundsteuer um 20 Prozent verlangt, verzichten, während die Regierung den Wünschen des Zentrums in der Staffelungsfrage entgekommen will.

Der Haftaustausch des preußischen Landtages endigte in der heutigen Nachmittagssitzung die Beratung über die Grundsteuer. Man einigte sich auf eine Erhöhung der Säye für die Landwirtschaft. Es wurden folgende Säye festgesetzt: für die ersten 10 000 M. 10 Pf., für die nächsten 30 000 M. 15, für die nächsten 60 000 M. 20 Pf., für die nächsten 100 000 M. 25 Pf. Die Wirtschaftseinheit ist 200 000 Mark. Über 200 000 M. gilt allgemein der Satz von 25 Pf. Ob in dieser Fassung die Vorlage in der Schlusstimme endgültig durchgeht, steht noch dahin.

Macdonald an Poincaré.

Macdonald sandte Poincaré am Montag durch den englischen Botschafter einen offenen Brief, aber höflichen Verständnisbrief, worin er die zunehmende Entfernung beider Völker und die britische Stimmung, wie sie auch in dem „L'Univers“-Interview zum Ausdruck kam, feststellte und sie bereit erklärt, Poincaré zur Errichtung eines endgültigen internationalen Abkommens halbwegs einzugezogenen mit dem Ausdruck der Hoffnung, Poincaré werde den gleichen vorjährlichen Geist zeigen, womit er selbst alle Streitfragen zu erörtern bereit ist.

Auf dieses Schreiben soll Poincaré in verschöhnlichem Tone geantwortet haben. Die Meinungen über den Erfolg dieser Briefwechsel gehen allerdings auseinander. Vor allem bleibt das „Echo de Paris“ skeptisch und glaubt nicht, daß es in den Reparations- und Sicherheitsfrage zu einer Einigung kommen kann.

„Petit Parisien“ will aus dem Briefe Macdonalds den Beweis erbringen, daß auch er erkannt habe, daß ein Bruch verhindert sein könnte, da Macdonald stets seinen Willen bekundet habe, alles zu tun, um die britischen mit den französischen Interessen in Übereinklang zu bringen.

Der Wiederaufbauskandal in der französischen Kammer.

In der Kammer dauerte die Auseinandersetzung über die Mithräume bei der Berechnung des Schadensanspruchs an. Der sozialistische Abgeordnete Anglès, der in Paris seit Jahren gegen diesen Schaden ankämpft, schätzt den Betrag, auf dessen Rückerstattung der Staat Anspruch habe, auf 3 Milliarden. Der Minister für die beschädigten Gebiete selber schätzte aus, als er das Ministerium übernommen habe, jenen bereits 40 Milliarden für Schäden ausgezahlt gewesen. Man habe die Gesamtsumme auf 146 Milliarden geschätzt, aber angenommen, daß man nicht mehr als etwa 100 Milliarden auszuzahlen habe. Die endgültige Schätzung habe jedoch eine geringere Summe, nämlich 82 Milliarden ergeben. Das sei unter seinem Ministerium geschehen. Alle, die den Staat geschädigt haben, würden strafrechtlich verfolgt werden. Die Weiterberatung der Gleichverträge der Regierung wurde so dann auf morgen vertagt.

politische Meldungen.

Aushebung des Belagerungszustandes? Wie es heißt, beschäftigt die Reichsregierung, nachdem auch bei verschiedenen Regierungsparteien der Ausnahmestand eine überaus scharfe Ablehnung erfolgen hat, in Kürze zu seiner Aushebung zu schreiten, doch sollen die Anordnungen des Militär-Oberbefehlshabers in bezug auf das Verbot der Kommunistischen und der Deutschösterreichen Partei auch noch nach der Aushebung noch in gewissem Sinne für eine bestimmte Zeit in Kraft bleiben.

Reichberg abgelehnt. Die Zentrumsfaktion des Reichstages hat in ihrer gestrigen Sitzung Reichberg's Antrittsbitten abgelehnt, ihn über seine Pariser Verhandlungen zu hören. Arnold Reichberg hatte in einem Schreiben an die Zentrumsfaktion des Reichstages gebeten, in einer besonderen Sitzung der Faktion seine Reparationspläne entwideln zu dürfen, nachdem der Reichskanzler es abgelehnt hatte, Reichberg zu empfangen.

Der 9. Stundentag und die Eisenbahn. Zwischen Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und Gewerkschaftsvertretern fand gestern eine Aussprache über die Frage des 9. Stundentages bei der Eisenbahn statt. Das Reichsverkehrsministerium erklärte sich bereit, für den 9. Stundentag 8½ Stunden zu bezahlen. Die Gewerkschaftsvertreter forderten für die 9. Arbeitsstunde nicht nur den vollen Stundenlohn, sondern noch einen Überstundenzuschlag. Da eine Einigung nicht aufzustellen war, wird jetzt wahrscheinlich der Vorschlag des Reichsverkehrsministeriums in der Vorbereitung auf dem Verordnungswege durchgeführt werden.

Eine kommunistische Wahlzeitung in Thüringen. Der Kommunistischen Partei in Thüringen ist vom Militärbehördenhaber die Herausgabe einer Wahlzeitung erlaubt worden. Die Wahlzeitung wird in der Druckerei „Vaterland“ in Weimar neu aufgestellt und erscheint ab dem 22. Januar in vier Seiten.

Eine Milderung der italienischen Schulverordnung? Es kommt berichtet die Blätter, daß die Generaldirektion für den Volksschulunterricht im Unterrichtsministerium soeben neuer Regimentsleiter habe, die den Volksschulunter-

richt in das nichtitalienischen Gebiet betreffe. Daraufhin ist der Gebrauch der Muttersprache für den Religionsunterricht überhaupt und für alle Gegenstände in der ersten Volksschulklasse vorgeschrieben, während die italienische Sprache Unterrichtssprache von der zweiten bis zur fünften Klasse sein soll. Doch soll auch in diesen Klassen die Muttersprache als scheidende Milderung der rigorosen Bestimmungen und zweitens ein Erfolg der Bürgermeisterabordnung, die unmittelbar zu Mussolini gegangen war. Freilich ist auch der eigene Ausstand mit den Forderungen des Ministrerschulvertrages, den auch Italien als — für die anderen — gültig unterschrieben hat, durchaus nicht im Einklang.

Venezios will zurücktreten? Havas meldet aus Athen, Venezios sei gezwungen, infolge des schweren Anfalls, den er in der gestrigen Nationalversammlung erlitten habe, einige Tage der Ruhe zu pflegen. Nach Privatmeldungen aus Athen soll der Minister des Innern, Benizelos wenn auch nicht ernst, so doch daran sein, daß er den Wunsch gehabt habe, die Leitung der Regierung niedergelegen. In diesem Falle wird wahrscheinlich der Minister des Innern, Kosow, das Ministerpräsidium übernehmen.

Von Stadt und Land.

Aue, 21. Januar.

Die Reform des höheren Schulwesens in Sachsen.
Ministerialrat Dr. Menzel-Güldert mit den Vorarbeiten betraut.

Wie die „P. N. R.“ aus Dresden erfahren, hat sich der von dem früheren Volksbildungsminister Flechner an den Oberpräsidenten Dr. Wünsche erteilte Auftrag, einen Entwurf zur Umgestaltung des höheren Schulwesens in Sachsen auszuarbeiten, erledigt. Mit der Vorbereitung und Aufstellung dieses Entwurfes ist von dem neuen Volksbildungsminister Dr. Kaiser der Deputierte für das höhere Schulwesen in Sachsen, Ministerialrat Dr. Menzel-Güldert beauftragt worden.

Hoffenlich findet nunmehr diese Frage, die so viel Stand aufgewirkt und Argwohn erzeugt hat, durch einen wirtschaftlichen Fachmann eine befriedigende Lösung.

Der ausgebogene Schulbücherindex. Unter Kleinherrschen Kulturregime war durch den wohlbekannten Regierungsrat Dr. Wünsche eine ganze Reihe anerkannter Schulbücher für höhere Lehramtsstellen verboten worden, deren Tendenz für das Beleben der Neuauflage gefährlich sein sollte. Die Verantwortung dafür, daß diese Bücher auch wirtschaftlich nicht mehr in Universität benutzt werden würden, war höchstwürdig geweigert. Gleich der Lehrerbefreiung an den höheren Schulen aufgebürdet worden. Die Eltern hätten außerdem für vieles Geld neue Schulbücher anschaffen müssen. Dieser ungünstige Index soll jetzt aufgehoben werden. Die Tendenz der Lehrbücher soll darin bestehen, daß wir nun einmal eine Republik sind, selbstverständlich nicht antirepublikanisch sein, aber alle Sachen, die kulturellen Wert besitzen, auch wenn sie so etwas wie monarchisch sind, auch Kriegsschilderungen und religiöse Stoffe, dürfen belassen werden. Nur rein konfessionelle Streitliteratur zum Beispiel bleibt verboten. Im übrigen wird man sich wohl mehr auf die Handhabung des Unterrichts, der eine monarchische Tendenz vermeidet als auf eine brutale Vernichtung des Gedachten verlassen, und man wird auf diese Weise ungleich mehr freie öffentlichen Geist entfalten, als durch Maßnahmen wie die Kleinherrschen-Reformen.

Reichs- und Großhändler. Die Reichshändler für Lebenshaltungskosten (Nahrung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Montag den 29. Januar, auf das 1.000 Millionen-Scheine der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche ist eine Abnahme von 1,9 Prozent zu verzeichnen. Die auf den Mittwoch den 29. Januar erwartete Großhandelsentschluß des statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stand vom 22. Januar (115,7) einen weiteren Rückgang um 0,8 auf 114,8 Prozent, der im Wesentlichen durch die Senkung der Betriebs- und Fleischpreise bewirkt wurde.

Arbeitsmarktbilanz für die Zeit vom 20. bis 26. Januar. Die auf dem sächsischen Arbeitsmarkt in der vorigen Woche festgestellte Besserung hat weitere Fortschritte gemacht; die Zahl der Vollzeitarbeiter und die der Kurzarbeiter, die sich vom 1. bis 15. Januar bereits um 9164 bzw. 40 307 Personen verringert hatte, hat eine weitere Abnahme erfahren.

Zumindest ließ über die Gesamtbeschäftigungslage eine gewisse Einheitlichkeit noch vermissen; denn während in einzelnen Teilen bestimmt Industriezweige und Berufsgruppen guter Geschäftsgang aufzuzeigen und aufnahmefähig für Arbeit suchende waren, griff man in anderen Orten in Betrieben und Unternehmungen gleicher Art abermals zur Kurzarbeit oder zu Entlassungen. Dies war insbesondere in der Metallindustrie der Fall, aber auch in der Papier- und Leberindustrie, sowie im Holzgewerbe waren ähnliche Verhältnisse zu beobachten. Ungünstig blieb die Lage noch im Nahrungs-, Gewerbe-, mittel- und Bekleidungsgewerbe, sowie allgemein für sämtliche Betriebe beschäftigte sich in dieser Woche die Nachfrage in der Hauptstadt auf jugendliche Personen.

Warnung vor unberechtigter Einreise nach Lettland. In letzter Zeit haben sich die Fälle gehäuft, daß deutsche Reichsangehörige widerrichtlich, d. h. ohne das Einreiseerlaubnis der lettändischen Behörden zu bestehen, nach Lettland kommen. In der Regel handelt es sich um mittellose Personen. Die lettändischen Behörden haben in den letzten Monaten eine ganze Anzahl solcher deutscher Reichsangehöriger wegen unbefugter Grenzüberschreitung mit Arrest und Ausweisung bestraft. Den amtlichen deutschen Vertretungen im Ausland ist es schon mit Mühe gelungen, die schwierige Finanzlage des Reiches nicht möglich, die betreffenden Personen feststellen zu lassen. Andersfalls bietet sich in Lettland für stellenlose Reichsangehörige zurück nicht die geringste Aussicht, das Arbeits- und Aufenthaltsrecht zu erhalten, selbst bei Nachweis einer Beschäftigung. Die lettändische Regierung erließ freilich Staatsangehörigen das Aufenthaltrecht nur dann, wenn die Fremden bereits vor dem Weltkriege in Lettland regelmäßig waren und mit der örtlichen Bevölkerung nicht in Konkurrenz standen. Es muß daher vor unbefugten und gewöhnlichen Reisen nach Lettland dringend gewarnt werden.

Bon der Nordischen Messe. Schuh von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf der Nordischen Messe in Kiel. Der Reichsminister der Justiz hat durch Bekanntmachung ver-

sagt, daß der durch das Gesetz vom 18. März 1904 vorgenommene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen für die vom 28. bis 20. März 1924 stattfindende Nordische Messe in Kiel eintrete. Wegen der Verhinderung über das erfolgte Ausstellen des betreffenden Gegenstandes auf der Nordischen Messe wende man sich an das Mehamt der Nordischen Messe in Kiel.

Die Kommunisten angegriffen. Noch sind die Aufmärsche in Alberoda und Schwarzenberg in guter Erinnerung und auch die Demonstrationen in Aue noch nicht vergessen. Vor den Sprengattentaten in Hohenstein-Ernstthal haben wir gestern berichtet. Es besteht die begründete Furcht, daß Anfang Februar die Kommunisten ein schärfes Vorgehen durchführen wollen. Man hat dafür eine Reihe von Anhaltspunkten. Die polizeilichen Organe werden den kommenden Dingen mit Entschiedenheit entgegentreten.

Angestelltenversicherung. Am 1. bis 20. Februar werden Revisionen über die rechtliche und vollständige Errichtung des Beitrag zur Angestelltenversicherung durch einen Revisor der Reichsversicherungsanstalt stattfinden. Es wird geheben, alle hierzu erforderlichen Unterlagen (Versicherungskarten, Gehaltslisten usw.) bereit zu halten.

Oberkirchenrat Thomas wird, nachdem sein Gesuch vom Deutschen Landeskonsistorium genehmigt worden ist, am 30. April d. J. in den Ruhestand treten. Die erste Pfarrstelle in Schneeberg wird auf daß von den Kirchlichen Gemeindevertretungen dem Landeskonsistorium vorgelegte Gesuch bis zum 30. April f. Jahres offen gehalten werden. Zum Ephorusvertrag ist für die genannte Zeit Pfarrer Hans-Joachim Schwarzenberg von dem Landeskonsistorium ernannt worden.

Kirchensteuer. Vom Pfarramt St. Nikolai wird uns gebracht: Laut Bekanntmachung des Stadtkirchenamtes ist bei diesem innerhalb der nächsten Woche eine weitere Kirchensteuer auf das Rechnungsjahr 1923/24 zu bezahlen, die beträgt 4 Goldpfennig für je eine Papiermark des 1922er Kirchensteuerbezugs. Wer also damals z. B. 200 Mark Kirchensteuer bezahlt, hat jetzt 1,00 Mark zu bezahlen. Die gegenwärtige Steuer ist dennoch eine verhältnismäßig niedrige. Sie ist vom Landeskonsistorium deshalb so gering bemessen worden, weil in den meisten Kirchgemeinden für 1923 bereits freiwillige Rotopier gesammelt worden sind. Diese sind natürlich bei der jetzigen Kirchensteuer nicht in Anrechnung zu bringen. Unsere Kirchengemeinden dagegen haben nicht Rotopier, sondern monatliche Kirchensteuern zu zahlen. Deswegen muß der Steuerzahler jetzt, wo vorwiegend die rechte Kirchensteuer auf 1923/24 erhoben wird, die Möglichkeit haben, die von ihm im Jahre 1923 vorangestellten Kirchensteuerbezüge sich von der Kirchgemeinde zurückzuziehen. Aber auch bei Aufwertung werden diese immer nur einen sehr kleinen Geldbetrag, meist nur Pfennige, ausmachen. Das liegt eben in der traurigen Geldentwertung und lädt sich kaum ändern. Und es wird sich kaum lohnen, abzugehen von der vielen Arbeit, die damit verbunden ist, diese Beträge abzuzahlen. Jedenfalls sind die Kirchläden vor dem 15. Februar dazu nicht in der Lage. Denn sie haben sich auch bei den monatlichen Kirchensteuern kaum durchsetzen können und versuchen, da vom neuen Jahre an keine Monatsbezüge mehr geziert werden, gegenwärtig über sehr schwache Mittel. Die Kirchengemeindelieder werden gewiß den schwierigen kirchlichen Verhältnissen, wie sie lagen und noch heute liegen, das rechte Verständnis entgegenbringen. Die Aue Kirchengemeinden haben sich jetzt durch bestimmteren kirchlichen Sinn und große Opferwilligkeit ausgezeichnet und werden ihn gewiß auch hier wieder bewahren.

Museumsblätter. Der heutigen Auflage ist als Sonderbeilage der zweite Bogus unserer Museumsblätter beigegeben. Den Inhalt bestreitet Archivdirektor Dr. Ullrich (Weimar), dessen Aufsatz „Wie spricht man Datengeschichte?“ nunmehr abschlossen wird und Dr. Siegfried Sieber, der zunächst nach alten Urkunden die Geschichte der Konradswiese darstellt, mehrere Auszüge aus Magister Lehmanns berühmten ergebnisreichen „Schauplatz“ bietet als „Anmerkungen über Aue“ und endlich Pfarrer Peters neue Beierfelder Chronik ausführlich beschreibt. Die Museumsblätter sind so eingerichtet, daß sie später gebunden ein wertvolles heimatgeschichtliches Buch ergeben. Deshalb empfehlen wir, diese Beilegen aufzubewahren.

Sonnenaufgang am 1. Februar 7.40, Sonnenuntergang 4.48, Mondaufgang 4.13 nachts, Monduntergang 1.15 mittags.

Gerichtsraum.

Schwere Strafen wegen Landfriedensbruchs. Am Sonnabend der zweite Bogus unserer Museumsblätter beigegeben. Den Inhalt bestreitet Archivdirektor Dr. Ullrich (Weimar), dessen Aufsatz „Wie spricht man Datengeschichte?“ nunmehr abschlossen wird und Dr. Siegfried Sieber, der zunächst nach alten Urkunden die Geschichte der Konradswiese darstellt, mehrere Auszüge aus Magister Lehmanns berühmten ergebnisreichen „Schauplatz“ bietet als „Anmerkungen über Aue“ und endlich Pfarrer Peters neue Beierfelder Chronik ausführlich beschreibt. Die Museumsblätter sind so eingerichtet, daß sie später gebunden ein wertvolles heimatgeschichtliches Buch ergeben. Deshalb empfehlen wir, diese Beilegen aufzubewahren.

Viele Drahtnachrichten

Ministerabbau in Bayern.

München, 20. Januar. Der bayerische Ministerrat hat beschlossen, daß die bei Ausbruch der Revolution errichteten Ministerien für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe und soziale Förderung auf Grund des Landtagsbeschlusses vom 31. Dezember 1923 aufzulösen und den Ministerien des Innern bzw. Neuen bzw. Alteren Kabinetts einzufügen.

Separatistenübergriffe. Birmensdorf, 20. Januar. Gestern nachmittag drangen auswärtsige Separatisten in das Stadthaus ein und verhafteten alle anwesenden Polizeibeamten. Einige Schuhleute, die während der Verhaftung ihrer Kollegen auf der Straße Dienst hatten, wurden von den Separatisten schwer mishandelt. Die festgenommenen wurden heute früh nach Sveier gebracht.

Berichtigung für den gebrochenen Artikel „Bau- und Verkauf u. Verk. Aue“ und „Verlagsgesellschaft, u. v. v. u. u.“

Bedeutungsvolles Abkommen über die Deutschen Südafrikas.

Im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika befinden sich gegenwärtig noch 8000 Deutsche, die auf Unterricht in die Südafrikanische Union aufgenommen werden können. Unter diese Deutschen haben zwischen General Smuts und der deutschen Regierung Verhandlungen stattgefunden, deren Resultat das folgende Memorandum darstellt; in dem unter weitesten Entgegenkommen die Rechte der dortigen Deutschen festgestellt sind:

1. Recht der Deutschen an den Rechten und Pflichten. Es ist die Absicht der Regierung der Südafrikanischen Union, die Deutschen in Südwestafrika als Teil der Bevölkerung mit denselben Rechten und Pflichten wie die übrigen Bürger anzuerkennen.

2. Deutsche Sprache. Die Verwaltung von Südwestafrika wird jede Erleichterung für den freien Gebrauch der deutschen Sprache vor den öffentlichen Behörden und im christlichen Verkehr mit diesen keinen Einwand erheben, um irgend möglich in derselben Sprache antworten. Von im Amtsschalt, das die erlaubten Gebräuche und Regierungsbestimmungen enthalten, werden von Zeit zu Zeit deutsche Übersetzungen veröffentlicht werden.

3. Deutsche Schulen. Die Verwaltung von Südwestafrika ist bereit, die zurzeit bestehenden deutschen Schulen in Swakopmund und Windhoek für eine Übergangszeit von zwei Jahren durch Beihilfen zu unterstützen. Indessen sollen diese Beihilfen 50 Prozent der Gesamtausgaben der letzten zwölf Monate nicht übersteigen. Die Schulen unterstehen der Inspektion der Regierung und das Lehrziel der Klassen muss zum zwingendem Lehrziel der entsprechenden Klassen in den Reerungsschulen gleichkommen.

Dieses Zugeständnis soll in leitner Weise als eine Auszeile der gegenwärtigen allgemeinen Schulpolitik der Verwaltung angesehen werden.

4. Deutsche Kirchen und Missionen. Die deutschen Kirchen und die deutschen Missionen haben bisher und werden künftig von der Verwaltung von Südwestafrika eine wohlwollende Behandlung erfahren.

5. Einwanderungsgesetz. Die in der Südafrikanischen Union geltenden Einwanderungsgesetze werden in Südwestafrika zur Anwendung gelangen. Im Rahmen dieser Gesetze werden Deutsche willkommen sein.

6. Genossenschaften. Die Verwaltung von Südwestafrika wird die Frage prüfen, auf welchem Wege die finanziellen Schwierigkeiten der deutschen Verwertungsvereinigungen und ihres Verbundes gelöst werden können, und wird ernstlich die Möglichkeit, ihnen Beistand zu leisten, erwägen.

7. Vertretung im Landamt und bei der Landwirtschaftsamt. Es wird anerkannt, daß die Bestellung eines deutschen Mitglieds sowohl beim Landamt (Land Board) als auch in der Verwaltung der Landwirtschaftsamt (Land and Agricultural Bank of South West Africa) erwünscht ist. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung, sobald eine Gelegenheit sich dazu bietet, Schritte ergreifen.

8. Swakopmund. Die Verwaltung verfolgt die Politik a) Swakopmund als ersten Seebadort in Südwestafrika zu entwideln,

b) aus ihm einen Schulmittelpunkt zu machen,

c) es durch Beschleunigung des Passagierverkehrs zwischen Swakopmund und Walvischbucht zum Wohnort von Walvischbucht zu machen.

9. Pensionen. Die Verwaltung von Südwestafrika ist bereit, die Pensionen zu übernehmen, auf die Beamte des ehemaligen Deutschen Gouvernements, die noch in Südwestafrika wohnen, Anspruch haben.

10. Arbeiter-Unfallentschädigungsgesetz. Das Arbeiterschutzgesetz der Union wird demnächst auf das Mandatsgebiet ausgedehnt werden.

11. Militärdienst. Die Deutschen in Südwestafrika und ihre Nachkommen werden während der nächsten 30 Jahre unter feindlichen Umständen zum Militärdienst gegen das Deutsche Reich verpflichtet werden.

London, den 23. Oktober 1923.
ges. Dr. Haas, ges. Dr. Ruppel, ges. Smuts.

Der tote Gast.

Novelle von Heinrich Böhme.

(11. Fortsetzung.)

Beronda sprach zu dem Irgigen: „Dächt mein Liebster den Winterkönig lebendig aus unseren Stadtmauern leben so will ich lieber das Winterkönigs Fleisch, als meines Liebsten Gemahl sein. So wahr mir Gott helfe mit seinen Heiligen.“

Frantzista sprach zu dem Irgigen: „Dächt mein Liebster den Winterkönig diese Nacht überleben, will ich eher den Tod, als meinen Liebsten lassen, und mein Liebster soll emig die Hochzeit umsonst erwarten. So wahr mir Gott mit seinen Heiligen helfe.“

Jakobea sprach zu dem Irgigen: „Der Schlüssel zu meinem Brautzimmerlein ist nun und ewig verloren, bringt morgen der Herzallerliebste mein nicht purpurrot sein Kriegsschwert vom Blute des Winterkönigs.“

Die drei Brüder waren erschrocken; doch sammelten sie ihre Geister bald wieder, indem sie die schönen Jungfrauen liebtaten denn jemals vor sich stehen und der Untergang gewißlich sahen. Keiner wollte zurückbleiben, jeder der erste sein, die Inbrunst seiner Liebe durch ein Heldenstück zu befunden. Also verbiehen sie, der Winterkönig sollte die Sonne nicht wieder sehen.

Sie beurlaubten sich von den Brüdern, die nun frohlockend beisammenfanden und von dem ewigen Ruhm ihrer Geliebten, von deren Mut und Hartlichkeit, und gulegt von der Grafschaft plauderten, wie sie dieselbe unter sich teilen wollten. Die drei jungen Männer aber beredeten sich, gingen alsdann ins Wirtshaus zum Bindwurm forderten einen Trunk, farschten gesprächig den Fremden nach, und wer der König sein möge, und wo er schläfe, und ob er ein schönes Zimmer habe. Sie kannten aber alle jeden Winkel des Hauses wohl. Und sie zeigten bis tief in die Nacht hinein.

Vor Tagessanbruch ritten eifrig zu Fuß der fremden Gäste fort bei Sturm und Metter. Der dreizehnte

Die Hamburg-Amerika Linie zu Anfang 1924.

Zu den wenigen Bildbildern, die das vergangene Wirtschaftsjahr aufzuweisen hat, darf die Tatsache gezählt werden, daß die Arbeit an der Erweiterung der deutschen Schifffahrt und der deutschen Überseeverbindungen trotz aller außen- und innenpolitischen Hemmnisse rüstig fortgeführt worden ist. Der Wiederaufbau unserer Handelsflotte konnte weiter gefördert und gegen Ende des Jahres im wesentlichen zum Abschluß gebracht werden. Damit ist die deutsche Schifffahrt nach dreijähriger arger Arbeit an einer Etappe ihrer Nachkriegsentwicklung angekommen, von der aus ein weiterer Ausbau auch unter weniger ungünstigen Verhältnissen, als sie gegenwärtig vorliegen, nur in erheblich verlangsamtem Tempo erfolgen kann.

Mit einem Gesamttonnagebestand von ca. 400 000 Br.-Reg.-T. ist Hamburgs größte Schifffahrtsgesellschaft, die Hamburg-Amerika Linie, in das neue Jahr eingetreten. 18 Neubauten mit ca. 118 800 Br.-Reg.-T., darunter eine Anzahl hochwertiger kombinierter Passagier- und Frachtdampfer konnten während des vergangenen Jahres fertiggestellt und in die Flotte eingesetzt werden. Dant dieses beträchtlichen Tonnagezuwachses war die Gesellschaft in der Lage, ihr Unternehmen weiter auszustalten und ihre Dienste in manchen Fahrtrichtungen wesentlich zu verbessern. Insbesondere gewann sie durch die neuen Passagierdampfer auf ihren Hauptrouten die Möglichkeit einer größeren Beteiligung am Passagierverkehr. Für gewisse Verkehrsgebiete brachten Interessen- und Arbeitsgemeinschaften mit anderen Linien eine rationelle und leistungsfähigere Neuorganisation des Dienstes.

Der Nordamerikadienst, den die Gesellschaft in Gemeinschaft mit den United American Lines ausübt, umfaßt gegenwärtig eine wöchentliche Passagier- und Frachtlinie nach New York, sowie Frachtilnien nach Boston, Philadelphia, Baltimore und Norfolk. Hier sind im Laufe des vergangenen Jahres die in der Hauptfahrt für die Beförderung von Fahrgästen der 3. Klasse eingerichteten Dampfer „Bayern“ und „Württemberg“ durch die neuen Turbinendampfer „Thüringen“ und „Westphalia“ abgelöst worden, zwei Schwestern.

Schiffe von je 21 000 Br.-Reg.-T., die über eine Kajüt-Klasse und eine moderne 3. Klasse verfügen. Zu ihnen ist weiter der 21 000 Br.-Reg.-T. große, mit umfassenden Einrichtungen für alle 3 Passagierklassen ausgestattete Zweitschraubendampfer „Albert Ballin“ getreten. Infolge der Indienststellung dieser Schiffe konnte die Hamburg-Amerika Linie in beträchtlicherem Umfang, als es bislang möglich war, auch am Passagierverkehr der Hamburg-New Yorker Route teilnehmen. Nachdem die Gesellschaft am Schluß des Jahres auch das Schwesterschiff „Albert Bassin“, die „Deutschland“ übernommen hat, stehen ihr mit Einschluß des bereits seit 1921 wieder in der New Yorker Fahrt beschäftigten Dampfers „Dania“ insgesamt fünf Passagierdampfer zur Verfügung von zusammen 82 000 Br.-Reg.-T. auf dieser ihrer Stammlinie.

Der Cuba-Mexico-Westindiadienst besteht zur Zeit aus einer monatlichen Frachtlinie nach Curaçao-Mexico, einer 14-täglichen Frachtlinie nach Westindien und einem etwa vierwöchentlichen Passagier-, Post- und Frachtdienst nach Cuba-Mexico, der von den Dampfern „Toledo“ und „Dolastia“ ausgeführt wird. Außer der Ummwandlung des westindischen Frachtdienstes aus einem monatlichen in einen 14-tägigen hat das vergangene Jahr diesem Dienst keine wesentlichen Veränderungen gebracht.

Dagegen konnte das im Südamerikadienst beschäftigte Dampfmaterial durch die bisher im Nordamerikaverkehr verwandten 3-Klasse-Sonderschiffe erweitert und verstärkt werden. Gegenwärtig sind im Passagier- und Frachtdienst nach Brasilien und dem La Plata neben den drei Sonder-

schiffen „Baden“, „Bayern“ und „Württemberg“, die Passagierdampfer „Teutonia“, „Augsburg“ und „Galicia“, sowie mehrere ganz oder überwiegend für die Frachtfahrt in Betracht kommende Dampfer tätig.

Im Dienste nach der Pacific-Küste brachte das vergangene Jahr wichtige Neuerungen. Für den Verkehr nach den Häfen der Pacific-Küste Südamerikas hat sich die Hamburg-Amerika Linie im April 1923 mit der Kosmos-Linie und der

Roland-Linie zu einem Gemeinschaftsbetrieb unter der Bezeichnung „Deutsche Westküstenlinien“ zusammengeschlossen, der jetzt einen wöchentlichen Passagier- und Frachtdienst nach die Magellanstraße umfaßt. Daneben wird ebenfalls eine Frachtlinie durch den Panamakanal nach der Pacific-Küste Centralamerikas und Mexicos unterhalten. Auch nach den nordamerikanischen Pacific-Häfen fahren wieder Dampfer zusammen mit Schiffen der Kosmos-Linie, der Roland-Linie und der United American Lines in einem regelmäßigen Dienst, der durch den Panamakanal nach San Francisco, Portland, Seattle, Tacoma, Vancouver geht. Auch hier bieten die Dampfer der Hamburg-Amerika Linie Beförderungsgelegenheiten für eine beschränkte Anzahl von Passagieren.

In der Ostseefahrt, in der die Hamburg-Amerika Linie mit dem Norddeutschen Lloyd und den beiden englischen Reedereien Alfred Holt u. Co. und The Ellerman u. Bucknall Steamship Co. zusammenarbeitet, beginnt die Gesellschaft neuwändig neben ihren Motor Schiffen „Rheinland“, „Münsterland“, „Habelland“, „Emsland“ und dem Dampfer „Bremen“, die sämtlich mit Räumlichkeiten für einige Fahrgäste ausgerüstet sind, auch Dampfer mit Einrichtungen für die Beförderung einer größeren Anzahl von Passagierdienstlinien zu verwenden. Sie hat bereit vor einem Monat den neuen Dampfer „Olenburg“, der über vornehm und behaglich ausgestattete Kabinen und Gesellschaftsräume für etwa 50 Fahrgäste verfügt, in den Dienst auf dieser Route eingestellt und wird ihm in Kürze zwei mit ähnlich umfangreichen Passagiereinrichtungen ausgestattete Schiffe den Turbinendampfer „Saarland“ und das Motorschiff „Vogtland“, folgen lassen. Damit ist eine Erweiterung dieses Dienstes vorbereitet, von der erwartet werden darf, daß sie für den Ausbau der deutschen Verkehrsbeziehungen zum Fernen Osten nicht ohne Bedeutung bleiben wird.

Der gemeinsame Afridiendienst der Woermann Linie, Deutschen Ostafrika Linie, Hamburg-Amerika Linie und Hamburg-Bremen-Africa Linie umfaßt jetzt neun Passagier- und Frachtdienste, darunter als besonders bemerkenswert leistungsfähige Erweiterung die westliche Rundfahrt um den schwärmigen Erdteil. Die Hamburg-Amerika Linie ist zurzeit an diesem Verkehr mit vier Dampfern beteiligt.

In gleicher Weise wie in der Fahrt nach dem Pacific ist auch in der Levantejahr während des vergangenen Jahres ein enger Zusammenschluß deutscher Linien erfolgt. Die der Hamburg-Amerika Linie verbündete Deutsche Levante Linie hat sich mit der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Argo“ und der Bremer Atlas Linie zu einem gemeinsamen Dienst unter der Bezeichnung „Deutscher Levante Dienst“ vereint, der jetzt mit einem umfangreichen und neuzeitlichen Schiffspark zahlreiche Verbindungen von Hamburg, Bremen nach den Häfen der Adria, Nordafrika, der Levante und des Schwarzen Meeres erhält.

Nimmt man zu diesen überseelichen Diensten der Gesellschaft noch einige europäische Linien, die nach Finnland und Russland, sowie nach den Randstaaten gerichtet sind, so erhält man den Überblick über das Rundnetz der Hamburg-Amerika Linie wieder auf alle Hauptgebiete erstreckt, die von ihren Schiffen in Kriegstagen befahren wurden.

Nu drei Zeilen.

Der Leitungsausschuss der Dorfbewerbervereinigung hat beschlossen, am 16. Februar in den Streit zu treten, falls bis dahin die Lohnunterschiede nicht geregelt sind.

Die evangelisch-lutherische Schweden hat im Laufe des vorigen Jahres 1500 Kronen zur Linderung der deutschen Not gegeben.

In Warschau wurde während einer Opernvorstellung der viele hohe Staatsbeamte beiwohnten, gegen das Operngebäude eine Bombe geworfen.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Brindisi: Ein jugoslawisches Geschwader ist zum Besuch der italienischen Idro in Brindisi eingetroffen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die griechische Regierung anerkannt.

lag tot im Blute schwimmend auf dem Bett. Er hatte drei Todeswunden. Niemand konnte sagen, wer er sei; doch versicherte der Wirt, der König sei es nicht. Und er hatte recht, denn der Winterkönig entfam, wie bekannt glücklich nach Holland und lebte noch manches Jahr. — Der tote Gast wurde nach desselben Tages begraben, aber nicht auf dem Kirchhof in geweihter Erde zu den Gebeinen anderer katholischer Christen, sondern als ein vermutlicher Neuer, aus christlicher Liebe, auf dem Schindanger ohne Sang und Klang.

Mengslich warteten indessen die drei Brüder auf die Ankunft ihrer Liebsten, um ihnen süßen Lohn zu zollen. Aber sie kamen nicht. Sie schauten wohl nach ihnen aus in alle Gassen und in alle Häuser; aber es hatte sie niemand mehr seit der Mittennachtstunde gesehen. Selbst der Wirt und dessen Frau, Mägde und Sklaven wußten nicht zu sagen, wohin sie gegangen und was aus ihnen geworden.

Da härrten sich die armen Mädchen bitterlich, und sie weinten Tag und Nacht und bereuten den frevelvollen Befehl, welchen sie so treuen und schönen Männern gegeben.

Am meisten lammerte heimlich die reizende Jakobea, denn sie hatte zuerst den gefährlichen Anschlag auf das Leben des Winterkönigs vor ihren Geschwistern laut getan. Zwei Tage waren seit der Unglücksnacht verflossen, der dritte fast verflossen. Doch wußten die Brüder, noch die bestümerten Eltern nichts über das Schicksal der Jünglinge.

Da ward an Jakobea's Tür gepoxt, und es trat ein fremder vornehmer Mann herein und fragte nach dem Brüderlein, das weinend neben dem Vater und der Mutter lag. Der Fremde redete viel holdelige Worte: „Hätt' ich gewußt daß der Schalkschnäck mich zum Niederdringen sollte, Bergwerbung mache, so wahr ich bin der Graf von Gräbern, ich hätt' ihm den Johannitsegen mit meinem guten Schwert erteilt. Trostet Eure schönen Augen, Ihr habt Euren Brüderlein: eine einzige Tränenperle, die über Eure rosenroten Wangen rinnt, ist genug, alle Blumen Eurer Liebe auszulöschen.“

Über Jakobea solches verlesen hörte, ward sie schier ohnmächtig, und sie weinte und flüchte dem Ungetreuen.

Vater und Mutter trösteten das arme Kind, und der Fremde redete viel holdelige Worte: „Hätt' ich gewußt daß der Schalkschnäck mich zum Niederdringen sollte, Bergwerbung mache, so wahr ich bin der Graf von Gräbern, ich hätt' ihm den Johannitsegen mit meinem guten Schwert erteilt. Trostet Eure schönen Augen, die über Eure rosenroten Wangen rinnt, ist genug, alle Blumen Eurer Liebe auszulöschen.“

Über Jakobea konnte nicht aufhören zu weinen. Der Graf entfernte sich endlich und bat um Erlaubnis, die schönen Leidenden am folgenden Tage noch einmal zu besuchen.

Er hielt auch Wort und kam, und da er mit Jakobea allein war, sprach er: „So habe die ganze Nacht

Nr. 26. Euer Tagblatt und Anzeiger für das Erzgebirge. Donnerstag, den 31. Januar 1924.

Extra günstige Einkaufsgelegenheit für Leib- und Bettwäsche.

Bettwäsche in 1a Qualitäten

Damast, Kissenbreite 210 Meter	Bettbreite 3 Meter	25
Stangenleinen, Kissenbreite Meter 195 Meter	Bettbreite 3 Meter	30
Indien, Kettepier, echt Indigo, Kissenbreite Meter 2,90 Meter	Bettbreite Meter 4,50 Meter	40
Bettschiffchen Daulas, 150 cm, extra schwere Ware	Meter 3,85 Meter	55
Nessel, 80 cm breit, 16/16 20/20 Meter	Meter 0,95 Meter	

Leibwäsche, beste Ausführung

Damenhemden, ausgeborgt, solider Stoff	25
Damenhemden mit hübscher Stickerei, Herzform	25
Beinkleider mit breitem Einsatz und Stickerei	25
Untertallen mit Stickerei	15
Prinzessbrüder, Trägerform, 125 cm lang, mit breitem Stickereivolant	75

Corsette für Damen u. Konfirmanden

Leibchen, weiß, aus 1a Stoff, Größe 5	175
Damenleibchen, alle Weiten, grau und weiß	25
Blütenhalter, Tricot, weiß und rosa	10
Hüfthalter, weiß, Dreil mit Schleife und Strumpfhalter	30
Damenstrumpfhalter, Seldensischen	05

Stuben- und Küchenhandtücher

Handtücher, "rein Leinen", weiß, 48x110 cm	15
Handtücher, grau, "rein Leinen", 48x100 cm, gekrämt u. gebändert	15
Wischtücher, 1a Hartholzen, 55x55 cm	05
Frottierhandtücher, weiß, 50x100 cm	10
Frottierlaken für Kinder, 100x100 cm	8

Waren werden gegen Anzahlung zurückgelegt.

Meinzers Etagengeschäft, Aue, Ernst-Papst-Str. 31

Apollo-Lichtspiele

Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnpoststr. 17, Telefon 761.

Donnerstag bis Sonntag, den 31. Januar bis 3 Februar
Fortsetzung der Harry-Piel-Abenteuer

Rivalen

II. Teil: „Der letzte Kampf“

6 Akte voller Spannung und Sensation.
In allen Mitteln unerhörte Grausamkeit, deren ein fantastisches Gehirnfähig ist, verfolgt den Nebenmacher des Rivalen, bis ihm sein Schicksal erfüllt „Treif“ der Sprungkugel eine bedeutende Rolle dabei nach Abschluß. Leses beginnt ein neuer amerikanischer Abenteuerfilm in 6 Episoden (36 Seiten) mit den bekannten Kraftmännern Elmo Lincoln kommt als Goliath Armstrong unter dem Titel:

Pimo, der Furchtlose

oder

Tarzans neue Mission

Episode: „Der Untergang der Rio Grande“
Im selben Tage werden die von den Apollo-Lichtspielen und im Rathaus gemacht Filmvorführungen aufgeführt. Z. Z. können nur Passanten sich auf der Silberwand sehen.

Zur Belustigung einer Chaplinade

Chaplin als Hotelabenteurer

Wochentags Anfang 6 Uhr, Sonntag Anfang 15 Uhr, letzte Vorstellung gegen 19 Uhr.

Centralhalle Aue.

Neu für Aue!

Das brillante Februar-Programm mit vollst. neuen erstkl. Kräften.

7 Personen! 7 Personen!

Eintritt frei!

Eintritt frei!

Feldschlößchen Aue-Zelle.

Freitag, den 1. Februar:

Schlachtfest

Vormittag von 11 Uhr an: Wurstfleisch, später frische Wurst und Bratwurst mit Kraut. Abends Schweinsknochen mit Klößen.

Abends Schweinsknochen mit Klößen.

Anstich von ff. Bockbier.

Sonntag u. Montag Kaffee u. Kuchen.

Kommen! Sehen! Staunen!

Die guten Zeiten, zu hörst sie dar,

Was es zum Einzubindet gibt alles beim Walter Schmer!

Wurst, Wurstkäse, Schweinsknochen und Rüben.

Bratwurst ist grün als wie a Blatt.

Die macht sich auf mit Kraut im Kinner.

Die kommt ins Feldschlößchen binner;

Die kann dir essen im trünen um rumorn;

Die läuft jetzt in die Nacht, legt die Eich auf de Ohr!

Kaffee-Lokomotive, Aue

Freitag, den 1. Februar

Doppel-Schlachtfest.

Vormittag von 11 Uhr an: Wurstfleisch,

später das übliche.

Sonntags, Sonntag und Montag

großer

Bockbierumzug

mit lokaler Biermusik. Bockbier gratis.

Geblüm, laden ein der Wirt u. die Wirtin.

Alle Händig zu höchsten Preisen alle Sorten

gebr. Jäger auch bestellt.

H. Hermann, Böttcherei, Aue.

Honig

Hagebau laden ein

gar. roth: la

zu Wege von 10-9 Pfund versendet

Großmärkte Ebersbach 1. Sa

Buhmag
BUCHHALTUNGS-MASCHINEN
G.M.B.H.
CHEMNITZ
SCHADESTR. 12

ERZEUGNISSE DER WANDERER-WERKE A.G.
SCHÖNAU BEI CHEMNITZ

Moderne Standuhren

von 150 Mark an
Wanduhren in Nussbaum und Eiche
Küchenuhren von 8 Mark an
Wecker in versch. Größen u. Ausführung
empfohlen in reicher Auswahl

Carl Janschek (fröhlich)
Uhrmacher, Wettinerstraße 17.

Reparaturen werden schnell u. sauber ausgeführt.

Haararbeiten

aber oft fertigen von einfache
der bis jährl. Modellierung

Stern & Gauger
Zepte- u. Perückenfabrik, Hitz
Meißen 18, am Bahnhofplatz

Damenkleiderstoffe

in bekannt reichhaltiger und gediegener Auswahl
empfiehlt zu nachweislich
bedeutend herabgesetzten Preisen
(Da direkt ab Fabrik, billigte Bezugsquelle.)

Emil Schulze, Aue,
Schneeberger Straße 11, I
(Nähe Markt)
NB. Abgabe auch in größeren Mengen.

Man wolle die Qualität beachten!

Ein gutes prima frisches

Mastochsen-Fleisch

festet nur 75 Pf.

1 Bid. frisches Gewiegetes nur 1.00 M.

1 Bid. seine Wurstwaren eben nur 1.40 M.

1 Bid. geräucherter Speck 1.10 u. 1.60 M.

und verschiedenes.

Kurt Matthes, Fleischermeister,
Wettinerstraße.

Empfehl:

Matthes in bekannter Qualität 70 cm breit Mir. 6.80
Küchenstoffe in Wolle u. Halbwolle Mir. 2.50 bis 1.40
Gehörnt, Wolle und Halbwolle Mir. 3.20 bis 2.40
Gepolsterte in Wolle, 90 und 105 cm breit, i. verschiedener
Auswahl und preiswert.

Al. Kirmse, Carolastr. 3,
nicht haben, Gang durch die hansturz, 1. Tür links

Züchtig. Iseröder Plattenretter

für Aue und Umgebung von gut eingeschultem, leistungsfähigem Tierh., Tapferer- und Wölfe-Destand zum Verkauf von Privatsunden gegen hohe Provision zum sofortigen Antritt geliefert. Angebote an

Nottenstreich & Eltes, Dresden-W., Wettinerstraße 3.

Zum sofortigen Antritt wird von einer ausköhligen Alpaca-Bestellschrift ein lässiger, toller

Besteckschleifer

guter Bezahlung geliefert. Derlei muß eine Schleifer
leistungsfähig sein und besser ausbauen können. Angebote
sind an die Geschäftsst. dieses Bl. u. T. 287 zu richten

Zur Aufklärung!

Die Schaffung einer einzigen brauchbaren **neuen Grundlage** der Arbeitsbedingungen in unseren Betrieben hat, wie wir voraussahen, uns nicht nur im Mittelpunkt der Unterhaltungen über die Wirtschaftslage gestellt, sondern sie hat auch notorische Heizer und Verleumder auf den Plan gebracht. Diese letzteren haben dazu besonderen Anreiz, seitdem sie bestreiten müssen, daß durch Sichtung der Stellen der Unzufriedenen ihr Anhang schwundet.

Zur Klarstellung der neuen Verhältnisse zwischen uns und unseren Arbeitern und Angestellten haben wir klarlich den **maßgebenden Stellen freiwillig Einbllok in die Einzelheiten der von uns durchgeführten Maßnahmen** gegeben und haben an diesen Stellen **volles Verständnis** für letztere gefunden. Ebenso wenig wie diese Stellen haben wir aber auch die **Öffentlichkeit** bei der Darstellung der inbetracht kommenden Verhältnisse zu schämen. Wir unterbreiten sie der Öffentlichkeit hiermit, weil wir dem Ansehen unseres Unternehmens schuldig sind, wirren Fideicizen und falschen Behauptungen, die über unseren Betrieb in der Bevölkerung im Umlauf sind, entgegenzutreten.

Borgeschichte.

Die berechtigten Bestrebungen von Angestellten und Arbeitern nach **wertbeständiger Bezahlung** gehen bis in die erste Hälfte des vergangenen Jahres zurück, und die Forderungen der beteiligten Kreise sind seit Juli 1923 immer dringlicher geworden. Ebenso bestand aber auch bei den berufenen Vertretern von Staatsbetrieben und der Privatindustrie der ernstliche Wille zu einer Änderung der ganz unzulässigen Verhältnisse und ernste Verhandlungen mit den einzelnen Standes- und Berufsvertretungen haben stattgefunden, die sich dann von Verband zu Verband fortsetzen und seit den Monaten Juli/August 1923 nicht mehr zum Stillstand gekommen sind.

Doch sie resultatlos verließen, ist nicht auf die Schuld einer Vertragspartei, sondern auf Schwierigkeiten aller Art zurückzuführen, die sich der beiderseits gewünschten Umstellung der Lohnzahlung entgegenstellten.

Das Hauptmerkmal der nach der Revolution neu gestalteten Tarifverträge war ihr **schematischer Aufbau**. In den breitesten Kreisen unserer intelligenten Arbeiterschaft sowohl wie in denen des Unternehmertums hat sich indessen längst die Erkenntnis Fahrt gebrochen, daß diese jenen Fortschritt hemmende Schablone in den hinter uns liegenden fünf Jahren unsere Wirtschaft ins Verderben gestürzt hat. Sie sahen ein, daß zur Befriedigung des Neubaus der Eigenart des Einzelnen angepaßte im übrigen aber auch nach sozialen Grundsätzen gerecht gestaltete Löhne und Gehälter wieder Platz greifen müssten, wenn nicht unsere gesamte Wirtschaft dauernd Schaden leiden und noch weiter in Grund und Boden sinken sollte. Das Festhalten an der Schablone in den bestehenden Tarifverträgen bildete das größte Hindernis für die Einigung der Parteien auf eine Entlohnung mit wertbeständiger Grundlage, die von unserer Firma längst angeregt und von vielen anderen Firmen sehr leicht gewünscht worden war. Die wünschenswerte Umstellung war aber damals technisch einfach nicht mit einem Schlag allgemein durchführbar.

Ein einzelnes kapitalistisches Unternehmen kann wohl — und unsere Firma hat das getan — einen Sprung ins Ungewisse machen und einer großen Idee, welche wie diese zu einer Erfüllung in unserem Bezirk führen sollte und in der kurzen Zeit von kaum 3 Monaten bis zu einem gewissen Grade tatsächlich auch geführt hat, zum Siege verhelfen, weil sie auch ein großes Opfer zu bringen vermag. Dasselbe konnte man aber der Gesamtheit der Unternehmer unseres Industriebezirkes besonders im Hinblick auf die Verschiedenartigkeit der in ihm vertretenen Industriezweige einfach nicht zumuten. Es ist hierbei zu bedenken, daß die Arbeitgeber-Vereinigung Erzgebirgischer Industrien e. V. rund 400 und davon diejenige des Verbandes der Metallindustriellen des Westerzgebirges rundo 220 Mitgliedsfirmen aufweist mit einer Arbeiterschaft von rund 50000 Köpfen.

Unsere neue Einstellung.

Da es wegen unüberwindlicher technischer Schwierigkeiten unmöglich war, die **gesamte** erzgebirgische Industrie sofort auf einheitlicher Grundlage in die wertbeständige Entlohnung umzustellen, hat diesen Schritt unsere Firma als das umfänglichste Unternehmen im ganzen Bezirk Ende Oktober 1923 allein gewagt. Wie vorauszusehen war, ist eine große Zahl gewerblicher und industrieller Unternehmungen nach und nach diesem Beispiel gefolgt. Die anderen werden ihm weiter folgen müssen, weil die veränderten Verhältnisse unserer Wirtschaft dies gebietserfordern.

Mit der von uns getroffenen Entscheidung hatten wir eine ungeheuerliche Verantwortung auf uns genommen, denn die scheint an niedrigen auf Goldmark **berechneten Lohn- und Gehaltssätze machten in den Endziffern einer Monatsrechnung tatsächlich ein Mehrfaches** dessen aus, was in den vorausgegangenen Monaten **auf damaliger tariflicher Grundlage** die Papiermarksummen, entsprechend dem jeweiligen Goldwerte rotlicht betrugen haben. Es kam hinzu, daß wir unsere Erzeugnisse im Lande bis Ende des Jahres aus triftigen Gründen nur unter Verzehrung in Papiermark verkaufen konnten. Es standen sich also bedeutende Ausgaben in Papiermark den schwankenden Einnahmen in Papiermark zwei ganze Monate lang gegenüber. Das war auch ein Grund, der die Mehrzahl der industriellen Unternehmungen im ganzen Erzgebirge davon abhalten mußte, auf eine vorzeitige Umstellung im letzten Viertel des vergangenen Jahres zuzutreffen, so zwingend nötig eine schnelle Umstellung auch im Interesse unserer arbeitenden Bevölkerung geworden schien, denn die erzgebirgische Industrie war vorwiegend, ja teils ausschließlich auf Inlandsgeschäfte und damit auf die in ihrem Wert täglich mehr sinkende Papiermark eingestellt.

Ein altes wahres Sprichwort sagt nun: „**Allen zu gefallen ist unmöglich**“ und auch wir waren uns vom ersten Tage der Umstellung

Bei allen unseren Maßnahmen, die wir in unserem Unternehmen in den hinter uns liegenden langen Friedensjahren sowohl als auch während des Krieges und in den üblen Tagen der Nachkriegszeit jeweils getroffen haben, möchten sie alltäglicher Natur oder solche von weitester Tragweite sein, haben wir uns stets von dem Bewußtsein der hohen sozialen Verantwortung leiten lassen, die wir dem höchsten, dem Staat und der Gemeinde, Gewiss werden wir uns in diesen Grundsätzen auch künftig durch nichts beeinflussen lassen. Über ebenso gewiß werden wir allen Verleumdungen und Flotschereien, die von ernstzunehmenden Stellen oder Personen ausgehen und deshalb geeignet sind, unsere Ehre zu verleugnen, künftig mit aller ge-

Schnell fertig ist die Jugend — deutet offensichtlich ebenso aber auch die Alten — mit dem Wort, das schwerlich handhabt wie des Messers Schneide. Es kann gar nicht dringend genug auf die üblichen Auswirkungen hingewiesen werden, welche sich aus den Störungen des Friedens in einem großen Wirtschaftsraum ergeben, von welchem Ergebnis das Wohl und Schicksal im weiten Umkreis direkt machen und darin sein Ende nehmen.

Wir sehen eine Ehre darin, in dieser schweren Zeit unseren Werkangehörigen dauernde Beschäftigung bei vollem Betriebe zu erhalten, deshalb werden wir allen Störungen, mögen Sie von innen oder von außen kommen, künftig mit allen uns gegebenen Mitteln begegnen.

Aue i. Erzgeb.,
den 31. Januar 1924.

Sächsische Metallwarenfabrik August Wellner Söhne A.-G.
Gesetz.

darüber nicht im Zweifel, daß sie nicht bei allen Beteiligten sofort ungetilte Freude und Zustimmung finden werde. Während der hinter uns liegenden 6 Jahre mußten **Befähigte** und **Unbefähigte**, **Fleißige** wie **Minderfleißige**, **erfahren** alte Leute wie die **jüngsten Nichtwissender** samt und sonders nach einer Schablone entloht und nach der gleichen Schablone in allen sonstigen Arbeitsbedingungen behandelt werden; eine grundlegende Änderung der Arbeitsbedingungen für eine die Bisher 8000 übersteigende Arbeiterschaft ließ sich aber schlechterdings nicht in einem Guss tadelsofrei formen. Gest den der Umstellung folgenden Tagen und Wochen war es vorbehalten, mancherlei Unebenheiten zu ändern und glattzustellen.

Wenn uns die Frage der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten anbauernd die größte Sorge mache, so blieben wir bei dem Suchen nach Hilfe nicht auf dem Wege stehen, die gerechtesten Löhne festzusetzen, sondern richteten gleichzeitig unseren Blick darauf, unseren Betriebsangehörigen die ungünstig hohen Lebenshaltungskosten nach Kräften zu verringern. In richtiger Verfolgung dieses Gedankens und weil wir auf eine allgemeine Senkung der Lebensmittelpreise als Einzelfirma nicht einwirken konnten, ergab sich ganz von selbst die Notwendigkeit der eigenen Beschaffung der wichtigsten Lebensbedarfssortikel. Wir begründeten, um der Not der Werksangehörigen in der Zeit der katastrophalen Knappheit an Lebensmitteln zu steuern unsere

Konsumanstalt.

Da auch hinsichtlich dieser die ungünstigsten Gerüchte über wuchernde Preise und alles mögliche Andere im Bezirk verbreitet werden, erscheint es angezeigt nur einige wenige Einzelheiten über sie zu sagen, obwohl eigentlich jeder Hinweis darauf, daß wir bei ihrer Verwaltung die größte Selbstlosigkeit obwalten lassen, als überflüssig erscheinen müste.

So haben wir im zeitigen Herbst für unsere Belegschaft etwa rund 200 Waggons Kartoffeln beschafft, welche wir zum Preis von rund 2,70 Pf. per Zentner frei Wohnort der einzelnen Werksangehörigen abgegeben haben. Die Wohnorte der letzteren verteilen sich auf etwa 30 Gemeinden der Umgebung. Die Beträge sind den Leuten auch bis heute noch zu etwa 80% gestundet worden. Unter den Besitzern befinden sich Leute mit zahlreicher Familie, welche mehr als 50 Zentner Kartoffeln angefordert und geliefert erhalten haben. Wir haben weiter, abgesehen von der Beschaffung von Brot bis zu 10000 Stück pro Woche, ungezählte Waggons aller möglichen anderen Lebensmittel herangebracht, welche zu Selbstkostenpreisen an unsere Leute abgegeben werden sind. Es bedarf für den Sachkenner gar keiner besonderen Sicherung, daß wir trock wertbeständiger Umrechnung in den Tagen der sich überstürzenden Marktentwertung bei der Abgabe immer noch erhebliche Einbußen auf uns nehmen müssen. Das sind Opfer, die jeder Unternehmer und zwar jeder nach seinen Kräften in den Tagen der Not für seine Leute gern und willig gebracht hat, ohne darüber viel Worte zu machen. Von der Mehrzahl der Arbeiterschaft wird das auch dankbar anerkannt.

Das Ergebnis.

Alles in allem kann nun unsere Firma das nicht zu bestreitende Verdienst für sich in Anspruch nehmen, den Unternehmungen im weiten Umkreise das Beispiel für die einzige brauchbare Grundlage der Arbeitsbedingungen gegeben zu haben, welche geeignet ist, unserer in Grund und Boden „regelmäßige“ Wirtschaft zu einer Wiedergründung zu verhelfen.

Sowohl die Angestellten als auch die Arbeiterschaft unserer Fabriken haben sich in den wenigen nach der Umstellung hinter uns liegenden Wochen mit den grundsätzlich neuen Verhältnissen nicht nur abgefunden, sondern sie bilden mit ihnen zweifellos zufrieden sein, soweit man von Zufriedenheit deutscher Volksgenossen in der gegenwärtig schweren Zeit überhaupt sprechen kann. jedenfalls befinden sich alle mit dem Wohl und Wehe unseres Unternehmens verwachsenen heute weit aus wohler, als in den aufgeriegelten Zeiten der Monate, wo der täglich schwundende Wert der Mark Arbeitern, Angestellten und nicht zuletzt auch den Unternehmern jede Bestellung ihres Hauses auch nur auf wenige Tage hinaus ganz unmöglich machte.

Heute ist die Entlohnung in unseren einzelnen Betrieben eine derartige, daß sie im Durchschnitt als **die beste im ganzen Bezirk** betrachtet werden kann. Ebenso dürfen auch die **Gehaltzahlungen** an unsere Angestellten den **besten** im Bezirk üblichen Gehältern relativ zumindest nicht nachstehen.

So wenig, wie wir Dank und Anerkennung aus den beteiligten Kreisen für das von uns gegebene Beispiel erwarten, so wenig machen auf uns die in kommunistischen oder in anderen Volksversammlungen lautverwendenden Anspielungen von notorischen Hezern, die im Sinn von Unzufriedenheit und Zynismus ihrer Reden niedrigen Lebenszweck erblicken, irgendwelchen Eindruck. Das selbe gilt auch von Schriftredaktionen in verbotenen kommunistischen Schriften und Flugblättern.

Dagegen glauben wir beanspruchen zu dürfen, daß nicht nur unsere sämtlichen Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Einwohnerschaft des ganzen Bezirkes, von welcher ein großer Teil mit dem Schicksale unserer umfangreichen Unternehmungen verflochten ist, die gegebenen Verhältnisse gerecht würdigen und nicht sinnlos aus den Ton kommunistischer Versammlungen gestimmt Verleumdungen kraftvoll ihre Leidenschaften oder gar sie überwältigt oder leichtfertig weiterverbreiten.

Der gesunde Sinn des besonnenen Teiles unserer werktätigen Bevölkerung hat sich heute kaum in dreitiefsten Kreisen durchgesetzt. Dieselben kommen immer mehr zu einer Verzerrung, daß der Sohn der arbeitenden Bevölkerung am wenigsten gebraucht ist, wenn während der Verschärfungen unseres Wirtschaftslebens, ihr bester Sohn, für ihre Arbeiterschaft zu sorgen, allen Vernunftgründen zum Trotze mit einer Art Verleumdung und Verdächtigung ihrer reinen Absichten gelohnt wird.

Warnung.

Bei allen unseren Maßnahmen, die wir in unserem Unternehmen in den hinter uns liegenden langen Friedensjahren sowohl als auch während des Krieges und in den üblen Tagen der Nachkriegszeit jeweils getroffen haben, möchten sie alltäglicher Natur oder solche von weitester Tragweite sein, haben wir uns stets von dem Bewußtsein der hohen sozialen Verantwortung leiten lassen, die wir dem höchsten, dem Staat und der Gemeinde, Gewiss werden wir uns in diesen Grundsätzen auch künftig durch nichts beeinflussen lassen. Über ebenso gewiß werden wir allen Verleumdungen und Flotschereien, die von ernstzunehmenden Stellen oder Personen ausgehen und deshalb geeignet sind, unsere Ehre zu verleugnen, künftig mit aller ge-

Schnell fertig ist die Jugend — deutet offensichtlich ebenso aber auch die Alten — mit dem Wort, das schwerlich handhabt wie des Messers Schneide. Es kann gar nicht dringend genug auf die üblichen Auswirkungen hingewiesen werden, welche sich aus den Störungen des Friedens in einem großen Wirtschaftsraum ergeben, von welchem Ergebnis das Wohl und Schicksal im weiten Umkreis direkt machen und darin sein Ende nehmen.

Wir sehen eine Ehre darin, in dieser schweren Zeit unseren Werkangehörigen dauernde Beschäftigung bei vollem Betriebe zu erhalten, deshalb werden wir allen Störungen, mögen Sie von innen oder von außen kommen, künftig mit allen uns gegebenen Mitteln begegnen.